

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis Viertel-
jährlich 1 Mk., durch die Post
ins Haus gebracht 1.12 Mk. /
Mitglieder des Gewerbevereins
für Nassau erhalten das Blatt
umsonst / Alle Postanfragen
nehmen Beihilfen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Veröffentlichungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgehaltene
Petitzeile 40 Pfg.; kleine An-
zeigen für Mitglieder 30 Pfg. /
Bei Wiederholungen Rabatt /
Für die Mitglieder des Gewerbe-
vereins für Nassau werden 10
Prozent Sonder-Rabatt gewährt

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 7. Septbr.

Anzeigen-Aannahmestelle:

hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Bekanntmachungen des Zentralvorstandes
— Gewerbliches Unterrichtswesen — Fürsorgever-
sicherung für selbständige Handwerker — Genossen-
schaftliches — Neue Kriegsverordnungen — Staat-
liche Lebensmittelversorgung — Aus Nassau — Hand-
werkskammer Wiesbaden — Anzeigen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

**Betr. Kurse für Lehrer an gewerblichen
Fortbildungsschulen.**

Für Lehrer an den gewerblichen Fortbil-
dungsschulen finden in den diesjährigen
Herbstferien folgende Kurse statt:

1. Für den Zeichenunterricht vom
8. bis 12. Oktober (5 Tage) in Wies-
baden. Der kurz bemessene Kursus ist
in erster Reihe für solche Lehrer bestimmt,
die bisher noch keine Gelegenheit hatten,
einen Kursus zu besuchen. Aber auch
den schon länger im Zeichenunterricht
tätigen Lehrern wird in dem Kursus Ge-
legenheit geboten, den zweckdienlichen
Unterrichtsbetrieb und die Durcharbeit-
ung einzelner Lehrgänge in kurzgefassten
Besprechungen an Hand von zeichnerisch
durchgearbeiteten Lehrgängen kennen zu
lernen.
2. Dreitägige Kurse für den Sach-
unterricht in Wiesbaden vom 3.
bis 5. Oktober und in Limburg
vom 14. bis 16. Oktober. Diese
Kurse sind für alle im Sachunterricht tati-
gen Lehrer bestimmt, die an dem im Jahre
1914 stattgefundenen Kursus nicht teil-
genommen haben. In diesen Kursen wird
behandelt werden: Ordnung des Schul-
betriebes, Anwendung der Lehrpläne
unter Berücksichtigung der eingeschränkten
Unterrichtszeit, zweckmäßige Einfü-
gung der staatsbürgerlichen Belehrungen
in den Unterrichtsplan, Besprechung der
einzelnen Unterrichtsgegenstände unter
besonderer Berücksichtigung des gewerb-
lichen Rechnens und der gewerblichen
Buchführung mit anschließenden Übungen
Ausdrucks- und Bekanntgabe neuer
Befehle. Auch die am Unterricht nicht
beteiligten Leiter der gewerblichen Fort-
bildungsschulen werden zur Teilnahme
eingeladen.

Die Teilnehmer an diesen Kursen er-
halten neben Vergütung der Reisekosten in
der dritten Wagenklasse ein Tagegeld von
10 M. Die am Kursusorte wohnhaften Teil-
nehmer erhalten keine Vergütung.

Die Meldungen zu diesen
Kursen sind bis zum 14. d. M. unter
Vermittlung des Schulleiters hierher vor-
zulegen. Wo kein Schulleiter ernannt ist,
erfolgt unmittelbare Vorlage der Meldung
an uns unter gleichzeitiger Benachrichti-
gung des Vorsitzenden. Über die Zu-
lassung zu den Kursen ergeht Mitteilung
an die Teilnehmer.

Wiesbaden, den 2. September 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

An die Vorstände und Leiter der
gewerblichen Fortbildungsschulen.

**Betr. Einrichtung von Buchführungskursen
für Handwerker.**

Das Umsatzsteuergesetz, das am 1. August
dieses Jahres in Kraft getreten ist, ver-
pflichtet den Handwerker und Gewerbetrei-
benden zur ordnungsmäßigen Führung von
Geschäftsbüchern, aus denen der Umsatz des
Geschäftsbetriebs bezw. das Entgelt für die
Lieferungen und Leistungen in geordneter
Weise ersehen werden kann. Viele Hand-
werker werden genötigt sein, ihre Buchfüh-
rung diesen Anforderungen gemäß neu zu
ordnen. Daraus wird sich für viele das
Bedürfnis ergeben, eine geeignete Buchfüh-
rung kennen zu lernen. Dies kann am
zweckdienlichsten geschehen durch Veranstat-
tung von Buchführungskursen, in denen
man sich zunächst darauf beschränkt, eine für
das Handwerk geeignete Buchführung in
ihrer Einrichtung zu erläutern, und nur
dann die Durcharbeitung eines Geschäfts-
ganges vorzunehmen, wenn hierzu ein Be-
dürfnis vorhanden ist. Es würden wenige
Abendstunden für derartige Erläuterungen
und Vorführungen (ohne Durcharbeitung)
genügen. Den Kursen wäre zweckmäßig
das Werkchen „Die Buchführung des
Handwerkers“ aus dem Verlag von
Hermann Rauch in Wiesbaden zu-
grunde zu legen, das auch in den gewerb-
lichen Fortbildungsschulen für den Buch-
führungsunterricht eingeführt ist. Diese
Buchführung genügt den Anforderungen
vollkommen. Bezüglich einer kleinen Ver-
änderung in der Einrichtung des Tagebuches
sei auf den Aufsatz in Nummer 33/34 dieses
Blattes „Umsatzsteuer- und Handwerker-
buchführung“ hingewiesen. Auch Frauen
und Töchter von Gewerbetreibenden wären
zu den Kursen zuzulassen.

Diese Kurse könnten gleichzeitig dazu
benutzt werden, den bargeldlosen
Zahlungsverkehr unter Berücksichti-
gung der örtlichen Verhältnisse von einem
Nachmann erörtern und praktisch vorführen
zu lassen.

Wir ersuchen die Schulleiter und
Leiter der gewerblichen Fortbildungsschulen,
zu geeigneter Zeit in den Tagesitzungen
Anforderungen zu Meldungen für der-
artige Kurse ergehen zu lassen und die Kurse
einzurichten, wenn eine genügende Zahl
von Meldungen eingegangen ist. Das
Kursgeld ist in einer Höhe vorzusehen,
daß die Kosten Deckung finden. Voraussetz-
lich werden zu diesen Veranstaltungen Bei-
hilfen gewährt werden können. Der Beginn
der Kurse ist wenigstens 8 Tage vorher bei
uns anzuzeigen. Die Schulen wollen sich
auch bei Einrichtung von Kursen mit den
Geschäftsstellen der Kreisverbände ins Be-
nehmen setzen.

Handwerker und Gewerbetrei-
bende werden gleichzeitig darauf aufmerk-
sam gemacht, daß sie bei den Geschäftsstellen
der Kreisverbände Rat und Beihilfe auch
in Buchführungsangelegenheiten finden.
Die oben angeführte „Buchführung des
Handwerkers“ liegt sowohl bei den Ge-

schäftsstellen der Kreisverbände als auch
in jeder gewerblichen Fortbildungsschule
zur Einsicht auf.

Wiesbaden, den 20. August 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

**Betr. die Vorlage der Jahresrechnungen
für 1917/18.**

Die Vorstände derjenigen Lokalgewerbe-
vereine und gewerblichen Fortbildungs-
schulen, die mit der Vorlage der Jahres-
rechnung für 1917/18 noch im Rückstande
sind, werden an die baldige Einrei-
chung erinnert.

Gleichzeitig wird auf die Bestimmung
unter Ziffer 14 der Geschäftsanweisung für
die Rechnungs- und Kassensführung der ge-
werblichen Fortbildungsschulen zur Beach-
tung aufmerksam gemacht, wonach die
Schulrechnung vor der Einsendung hierher
zunächst dem Gemeindevorstand bezw. Ma-
gistrat zur Einsichtnahme vorzulegen ist.
Bei Einreichung der Rechnung hierher ist
anzugeben, ob sie der Gemeinde zur Ein-
sichtnahme vorgelegen hat.

Wiesbaden, den 2. September 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Herr Hauptlehrer Daniel Gelbbach
in Battenberg wurde unter Bestätigung
des Herrn Regierungspräsidenten zum
Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule
in Battenberg ernannt.

Fürsorgeversicherung für selbständige Handwerker.

Zur Durchführung der vom 18. Deutschen
Handwerks- und Gewerbeamtstage im
September 1917 gefassten Beschlüsse hatte der
geschäftsführende Ausschuss des Kammer-
tages eine Kommission gebildet, die erst-
malig am 27. Februar 1918 in Hannover
getagt hat. Dort wurden Grundsätze über
die Einrichtung der Krankenversicherung
aufgestellt, deren weitere Bearbeitung in
einer Kommissionsitzung am 14. Mai 1918
in Würzburg stattfand, wozu Vertreter der
süddeutschen und sächsischen Handwerks-
und Gewerbeämtern und Handwerker-
verbände zugezogen waren. Von Seiten des
Verbandes deutscher Gewerbevereine und
Handwerkervereinigungen waren anwesend,
dessen Vorsitzender, Geh. Regierungsrat
Noack, Darmstadt, außerdem Vertreter der
Landesverbände von Bayern, Elsaß-Loth-
ringen, Pfalz, Sachsen, Württemberg. Von
Handwerkstammern waren vertreten:
Würzburg, Augsburg, Köln, Hannover,
Leipzig, Mannheim, Straßburg, ferner der
bayerische Gewerbe- und Handwerkerbund
München, die Kranken- und Sterbekasse für

selbständige Handwerker und Gewerbetreibende zu Hamburg durch Direktor Gewert, die sächsische Versicherungsanstalt „Solidität“ in Dresden. Herr Dr. Gewert erstattete Bericht über die Fortschritte, welche die Errichtung von Krankenkassen seit der Sitzung vom 27. Februar in Hannover gemacht hatte. Danach haben sich im Königreich Sachsen sämtliche Kassen vereinigt, unter Führung der „Solidität“ zu einer Versicherungsanstalt für die sächsischen Gewerbetreibenden. Die vom Verband württembergischer Gewerbevereine vor kurzem gegründete Krankenkasse habe sich erweitert über die Gewerbevereine hinaus für alle Handwerker. In Baden beabsichtige Präsident Niederbühl seine Verbandsführung nach der hannoverschen Normalfassung umzuwandeln. Von Elsaß-Lothringen sei nichts zu berichten. Dagegen habe im erweiterten Vorstände des Verbandes Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen eine ausführliche Besprechung der Frage in der Sitzung vom 3. Februar 1918 zu Darmstadt stattgefunden. Herr Dr. Gewert berichtet hierüber ausführlich an Hand der Veröffentlichungen in Nr. 4 der „Mitteilungen des deutschen Verbandes“. Er schließt seinen Bericht mit der Aufforderung, zunächst in Bayern, Elsaß-Lothringen und der Pfalz die Bestrebungen auf Gründung von Krankenkassen zu unterstützen und alsbald die Gründung eines Kassenverbandes vorzunehmen. Dabei sei es zunächst eine Nebenfrage, ob die Reichsregierung für oder gegen eine Zwangsversicherung sei. Vom Reichstag selbst werde ein Antrag kommen auf Zwangsversicherung, der wohl eine Mehrheit finden werde. Für die Entwicklung der Sache wäre Zwang wohl das beste Mittel, allein die Handwerker scheinen wenig geneigt, den Arbeiterkrankenkassen angegliedert zu werden. Man solle den gewerblichen Mittelstand zu einem selbständigen Versicherungsträger machen.

Dr. Blumenthal, von der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtes, teilt mit, daß ein Antrag auf Zwangsversicherung der Handwerker bis zur Einkommensgrenze von 5000 M im Reichstag bereits gestellt sei, auf der Tagung der Ortskrankenkassen in Dresden sei weiterhin ein Antrag eingegangen, die Innungskrankenkassen aufzulösen. Auch beim Reichsversicherungsamt scheine man dem Gedanken, das Handwerk in die Versicherungspflicht einzuziehen, nicht abhold zu sein. In der nun eröffneten Aussprache wurden von den Vertretern der Handwerkskammern Stuttgart, Leipzig, den Verbänden sächsischer, bayerischer und Pfälzer Gewerbevereine, dem bayerischen Gewerbe- und Handwerkerbund, die Zwangsfrage als das einfachste Mittel zur raschen Durchführung der Handwerkerversicherung bezeichnet. Dabei betont der Vorsitzende des Verbandes deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, daß es sich nicht allein um Krankenversicherung, sondern auch um Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung handle, einschließlich des Reichsausschusses, wie er auch für die Arbeiterversicherung geleistet wird. Andererseits sei die freiwillige Entwicklung zunächst zu begrüßen, als eine Vorstufe zur Erreichung des großen Endzieles. Er empfiehlt, auch die Sterbekasse des deutschen Verbandes mit 180 000 M Rücklagen für den weiteren Ausbau des freiwilligen Versicherungswesens zu benutzen. Von einer Seite (Pfalz) wurde das Bedenken geäußert, es könne die Reichsregierung durch die Gründung freiwilliger Krankenkassen im Handwerk veranlaßt werden, sich an der Frage der allgemeinen Reichsversicherung nicht zu beteiligen, weshalb in erster Linie der Zwangsgrundsatz aufrecht erhalten bleiben sollte, ohne daß dabei die Gründung freiwilliger Kassen zurückgestellt würde. Herr Dr. Gewert führt erläuternd noch aus, vom

Handwerk werde durchaus nicht das Verlangen gestellt, einen eigenen Verwaltungskörper, wie bei der Angestelltenversicherung, zu bilden, falls die Reichsversicherung für das Handwerk in Betracht käme. Das Handwerk wünsche nur, als besondere Abteilung bei der Reichsversicherung angegliedert zu werden. Der Vorsitzende faßte hierauf die Meinungsäußerungen dahin zusammen, daß die Bestrebungen zur Gründung freiwilliger Versicherungskassen fortzusetzen seien, ohne das Endziel der allgemeinen Zwangsversicherung aus den Augen zu verlieren. Es wird beschlossen, daß die Verbände in den einzelnen Bundesstaaten Träger der Organisation sein sollen, unter Mitarbeit der zugehörigen Handwerkskammern unter der Oberleitung der Geschäftsstelle des Kammertages.

Um die Ausgestaltung und innere Entwicklung der Fürsorgeeinrichtungen noch wirkungsvoller zu fördern, war schon auf einer früheren Versammlung der Beschluß gefaßt worden, einen „Verband der Krankenkassen für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende“ zu gründen. Aufgabe dieses Verbandes würde es auch sein, die Einrichtung neuer Unterstützungskassen in die Wege zu leiten und die Interessen dieser Krankenkassen nach außen hin wahrzunehmen. Nachdem bereits in der Kommissionsitzung zu Würzburg am 14. Mai 1918 eine Reihe größerer Krankenkassen ihre Bereitschaft erklärt hatte, einem Krankenkassenverbande beizutreten, fand am 8. Juli 1918 in Hannover unter dem Vorsitz des Völkhermeisters Tempel-Hannover die gut besuchte Gründungsversammlung statt. Nach Beratung und Annahme der Satzungen wurde einstimmig der „Verband der Krankenkassen für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende“ gegründet. Der Beitrag für das laufende Geschäftsjahr beträgt 20 M Grundgebühr und 2 M für jedes zahlende Kassenmitglied. Als Vorstandskassen wurden Rastatt, Hannover, Dresden und Stettin gewählt. Das Amt des Verbandsvorsitzenden soll dem Präsidenten des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Herrn Fabrikant Niederbühl in Rastatt, angetragen werden.

Nach einer allgemeinen Aussprache über den Arbeitsplan, die Normalfassung, Gründung neuer Kassen usw. wurde beschlossen, die nächste Tagung des Verbandes der Krankenkassen in Verbindung mit dem diesjährigen Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtes abzuhalten. Sollte diese Tagung ausfallen, dann wird der Krankenkassentag im Oktober in Würzburg stattfinden.

Genossenschaftliches.

Umsatzsteuerpflicht der Genossenschaften.

Der Umsatzsteuer unterliegen die im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit mit Einschluß der Herzeugung und des Handels ausüben, soweit die Lieferungen und Leistungen innerhalb dieser gewerblichen Tätigkeit liegen. Demgemäß ist auch die Mehrzahl der Genossenschaften steuerpflichtig, insbesondere die Konsumvereine, die Einkaufsgenossenschaften, die Verkaufsgenossenschaften (Magasingenossenschaften) usw. Von der Besteuerung sind jedoch ausgenommen bei eingetragenen Genossenschaften, die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren ausschließlich für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umsatzes, der als Entgelt für Rüdlieferungen von Rüdständen aus der im Betrieb der Genossenschaft erfolgten Verarbeitung der von den Be-

nossen angelieferten Erzeugnissen oder als Rückvergütung auf den Kaufpreis der von den Genossen bezogenen Waren anzusehen ist. Diese Bestimmung kommt vornehmlich den Konsumgenossenschaften, ferner aber auch den Einkaufsgenossenschaften (Rohstoffgenossenschaften) usw. zugute. Von der Steuer befreit sind Unternehmen, wenn die Gesamtheit der Entgelte in einem Jahre nicht mehr als 2000 Mark beträgt. Für Genossenschaften dürfte diese Befreiungsvorschrift ohne Bedeutung sein. Ferner sind von der Steuer befreit Unternehmen, deren Zweck ausschließlich gemeinnützige oder wohltätige sind, soweit es sich nicht um solche Umsätze handelt, die auf Gewinnerzielung gerichtet sind. Nach den Ausführungsbestimmungen liegt Gemeinnützigkeit nur vor, wenn das Unternehmen dem Interesse der Allgemeinheit und nicht nur bestimmter Personen oder eines engeren Kreises von solchen zu dienen bestimmt ist. Wohltätige Unternehmungen sind solche, die der Wohlfahrtspflege unmittelbar oder mittelbar dienen. Inwiefern Genossenschaften als gemeinnützige Unternehmen gelten können, läßt sich nur nach Lage des Einzelfalles entscheiden. Die Einschränkungen, die in den Ausführungsbestimmungen dem Begriff Gemeinnützigkeit gegeben sind, sind sehr weitgehend, vor allem gilt dies von der Bestimmung, daß das Unternehmen der Allgemeinheit dienen muß. Es werden Unternehmungen, die einem wirtschaftlichen Zweck dienen, in der Regel die Befreiungsvorschriften nicht sich zunutze machen können, weil sie einem gewissen Personenkreis zu dienen pflegen. Daraus hinzuweisen ist jedoch, daß eine Genossenschaft nicht schon deswegen auf Gemeinnützigkeit keinen Anspruch machen kann, weil sie ihren Geschäftsbetrieb auf die Mitglieder beschränkt. Denn Genossenschaften sind „Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl“. Grundsätzlich wendet sich also die Genossenschaft an die Allgemeinheit.

Wird bei Abwicklung mehrerer Umsätze, die zwischen verschiedenen Personen über dieselben Gegenstände abgeschlossen sind, der unmittelbare Besitz an dem Gegenstand nur einmal übertragen, so ist nur das Umsatzergebnis desjenigen steuerpflichtig, der den unmittelbaren Besitz überträgt. Diese Bestimmung kann auch für Genossenschaften dann von Bedeutung werden, wenn z. B. eine Einkaufsgenossenschaft sich auf die Vermittlung des Rohstoffbezugs für die Mitglieder beschränkt, und die Lieferung der Waren von dem Lieferanten unmittelbar an die Mitglieder erfolgt. Ferner kann in ähnlicher Weise die Bestimmung für Zentralgenossenschaften von Bedeutung werden.

Verbindungskosten und Versicherungskosten sind nur insoweit nicht in den Umsatz einzurechnen, als durch sie die Ausgaben des Verkäufers für die Verendung und Versicherung ersetzt werden. Die Kosten der Verendung sind dagegen auch dann in den Umsatz einzurechnen, wenn der Verkäufer sich verpflichtet hat, die Verendung gegen Gewährung einer bestimmten Vergütung zurückzunehmen.

Befreit ein Unternehmen aus mehreren verschiedenenartigen Betrieben, von denen der eine in ihm hergestellte Gegenstände an den anderen liefert, so ist diese Lieferung, wenn sie 100 000 Mark jährlich übersteigt, umsatzsteuerpflichtig. Die näheren Voraussetzungen dieser Steuerpflicht bestimmt nach Anhörung der öffentlich rechtlichen Berufsvertretung der Bundesrat. Die jetzt vorliegenden Ausführungsbestimmungen enthalten hierüber jedoch nichts Näheres. Die Bestimmung will die sogenannten kombinierten Großbetriebe treffen. Sie hat daher in der Regel für Genossenschaften keine Bedeutung. Auch ist auf Anfrage von Seiten der Regierung ausdrücklich bestätigt worden, daß insbesondere die Produktionsbetriebe der Genossenschaften von der erhöhten Steuer nicht betroffen werden sollen.

Für Genossenschaften besonders wichtig ist die Bestimmung, daß die Vorstände oder Geschäftsführer für die Erfüllung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtungen als Gesamtschuldner haften.

Der S
veranfi
dieses
jährige
erste T
Statut
Der z
das de
gange
sichtig
die Wi
und V
stande
Fragen
gewonn

n
Die Be
Auf
Errichtu
vom 28
wird so

Reue
nur teil
außert
1. von
war
sind
Sch
2. von
An
Sch
3. von
habe

Der
gemäß
ung ei
28. 2.
und m
mit eine
Neben
Gegenst
bare De
dem Lär

Diese
1918 in
Ber

St
Zur Be

Die
anderen
abschnitt
vom 1-
erfolgen
können
den Gef
Gewerbe
gegeben

Reue
1. F
nicht des
und dem
Schnei
1. Oktober
2. F
dandw
dem Sit
Jwan
und G
burg
3. F
des Dill

Der Allgemeine Verband deutscher Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften
veranstaltet am 19. und 20. September dieses Jahres in Nürnberg seinen diesjährigen allgemeinen Genossenschaftstag. Der erste Tag ist den üblichen Geschäftsberichten, der Statutenänderung und den Wahlen gewidmet. Der zweite Tag bringt Verhandlungen über das deutsche Genossenschaftswesen in der Uebergangs- und Friedenswirtschaft unter Berücksichtigung der einzelnen Genossenschaftsarten, die wirtschaftliche Organisation des Handwerks und Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes. Für die Behandlung der einzelnen Fragen sind namhafte Fachleute als Redner gewonnen.

Neue Kriegsverordnungen.

Die Berechtigung zum Verkauf von Schuhwaren.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhversorgung vom 28. Februar 1918 (Reichs-Gesetzblatt, S. 100) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Neues, bedarfsdienliches Schuhwerk darf nur hergestellt, angeboten oder gegen Entgelt veräußert werden:

1. von Herstellern, die Gesellschafter einer Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft sind, nach den vom Ueberwachungsamt der Schuhindustrie erlassenen Bestimmungen;
2. von denjenigen Schuhwarenhändlern, die auf Anweisung des Hauptverteilungsamtes des Schuhhandels beliefert werden;
3. von Handwerkern, die eine Bodenlederlarte haben.

§ 2.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird gemäß § 5 der Bekanntmachung über die Errichtung einer Reichsstelle für Schuhversorgung vom 28. 2. 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 15.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf welche sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3.

Diese Bekanntmachung tritt am 23. August 1918 in Kraft.

Berlin, Kronenstr. 60/62, 19. August 1918.

Reichsstelle für Schuhversorgung.
Wallerstein. Dr. Gumbel.

Staatliche Leimversorgung.

Zur Beachtung für die Leim verbrauchenden Gewerbetreibenden!

Die Anmeldung des Bedarfs an Leim und anderen Klebstoffen für den VI. Versorgungsabschnitt (Oktober-Dezember) hat in der Zeit vom 1.-15. September d. J. spätestens zu erfolgen. Vorbrüche für die Bedarfsmeldung können bei den bekannten Ortsstellen oder bei den Geschäftsstellen der Kreisverbände, die im Gewerbeblatt ebenfalls des öfteren bekanntgegeben sind, angefordert werden.

Aus Nassau.

Neue Zwangsinnungen wurden errichtet:

1. Für das Schneiderhandwerk im Bezirke des Dillkreises mit dem Sitz in Dillenburg und dem Namen „Zwangsinnung für das Schneidergewerbe im Dillkreise“ zum 1. Oktober d. J.
2. Für das Schreiner- und Glaserhandwerk im Bezirke des Kreises Limburg mit dem Sitz in Limburg a. d. L. und dem Namen „Zwangsinnung für das Schreiner- und Glasergerber im Kreise Limburg“ zum 1. Oktober d. J.
3. Für das Bäckerhandwerk im Bezirke des Dillkreises mit dem Sitz in Dillenburg und

dem Namen „Zwangsinnung für das Bäckergerber im Dillkreise“ zum 1. Oktober d. J.

4. Für das Schmiedehandwerk im Bezirke des Dillkreises mit dem Sitz in Dillenburg und dem Namen „Zwangsinnung für das Schmiedegerber im Dillkreise“ zum 1. Oktober d. J.

5. Für das Wagnerhandwerk im Bezirke des Kreises Ningen mit dem Sitz in Ningen und dem Namen „Zwangsinnung für das Wagnergerber im Kreise Ningen“ zum 1. Oktober d. J.

6. Für das Schlosser-, Spengler- oder Installateurhandwerk im Bezirke des Dillkreises mit dem Sitz in Dillenburg und dem Namen „Zwangsinnung für das Schlosser-, Spengler- oder Installateurgerber im Dillkreise“ zum 1. Oktober d. J.

7. Für das Tändler-, Maler- und Lackierhandwerk im Bezirke des Dillkreises mit dem Sitz in Dillenburg und dem Namen „Zwangsinnung für das Tändler-, Maler- und Lackiergerber im Dillkreise“ zum 1. Oktober d. J.

8. Für das Bäckerhandwerk im Bezirke des Kreises Biedenkopf mit dem Sitz in Biedenkopf und dem Namen „Zwangsinnung für das Bäckergerber im Kreise Biedenkopf“ zum 1. Oktober d. J.

9. Für das Mälerhandwerk im Bezirke des Kreises Biedenkopf mit dem Sitz in Biedenkopf und dem Namen „Zwangsinnung für das Mälergerber im Kreise Biedenkopf“ zum 1. Oktober d. J.

10. Für das Schuhmacherhandwerk im Bezirke des Kreises St. Goarshausen mit dem Sitz in St. Goarshausen und dem Namen „Zwangsinnung für das Schuhmachergewerbe im Kreise St. Goarshausen“ zum 1. Oktober d. J.

11. Für das Schneiderhandwerk im Bezirke des Kreises Biedenkopf mit dem Sitz in Biedenkopf und dem Namen „Zwangsinnung für das Schneidergerber im Kreise Biedenkopf“ zum 1. Oktober d. J.

12. Für das Schreiner- und Glaserhandwerk im Bezirke des Kreises St. Goarshausen mit dem Sitz in St. Goarshausen und dem Namen „Zwangsinnung für das Schreiner- und Glasergerber im Kreise St. Goarshausen“ zum 15. Oktober d. J.

Anträge zur Errichtung von Zwangsinnungen

sind bei dem Herrn Regierungspräsidenten für nachstehend bezeichnete Handwerkszweige gestellt worden:

Für alle im Rheingaukreise das Schuhmacherhandwerk betreibende Handwerker;

für alle im Rheingaukreise das Schlosser- und Schmiedehandwerk betreibende Handwerker;

für alle im Rheingaukreise das Schreiner- und Glaserhandwerk betreibende Handwerker;

für alle im Untertaunuskreise das Wagnerhandwerk betreibende Handwerker;

für alle im Kreise St. Goarshausen das Schneiderhandwerk betreibende Handwerker;

für alle im Kreise Höchst das Schuhmacherhandwerk betreibende Handwerker.

Mit der Durchführung des gesetzlichen Abstimmungsverfahrens wurde jeweils der königliche Landrat des betreffenden Kreises als Kommissar beauftragt.

Handwerkskammer Wiesbaden.

Der Regierungspräsident.
Pr. I. 10. A. 3394. II. Ang.

Wiesbaden, den 17. August 1918.

Zu 5754 vom 5. Juli bzw. 6. August 1918.

Zu dem Beschlusse der Vollversammlung vom 27. Juni 1918, betr. Erhöhung der Geschäftsverwaltungsgebühr von 6 Mark auf 10 Mark geschrieben: „Jein Mark“, erteile ich hiermit meine Genehmigung.

In Vertretung.

Springorum

*

Wird hiermit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 20. August 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende:
Carstens.

Der Syndikus:
Schroeder.

Betr. Schuhmacher-Verbandsstag.

Nach Mitteilung des Verbands „Bund deutscher Schuhmacher-Innungen“ findet dessen Verbandstag am 8. und 9. September, vormittags 9 Uhr, in Frankfurt a. M., Hörsaal bzw. im Schützenhof statt. Die Tagesordnung enthält sehr wichtige Gegenstände, insbesondere Lehrlingswesen, Rohstoffversorgung und Ausbau der Organisation. Es ist deshalb erwünscht und zweckmäßig, daß die selbständigen Schuhmacher, insbesondere deren Organisationen, an dem Verbandstag teilnehmen. Wegen alles näheren werde man sich an den Vorsitzenden des Empfangsausschusses, Herrn Jakob Schmidt, Frankfurt a. M., Elbestraße 57.

Wiesbaden, den 27. August 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Bekanntmachung.

Die Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Fußbeschlaggewerbes für das Jahr 1918 findet wie folgt, statt:

am 28. September.

21. Dezember.

Meldungen zur Prüfung sind an den Herrn Regierungs- und Geheimen Veterinärat Peters in Wiesbaden, Weidestr. 88, welcher der Vorsitzende der Kommission ist, zu richten. Der Meldung sind beizufügen:

1. der Geburtschein;
2. etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung;
3. eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über den Aufenthalt während der drei letzten Monate vor der Meldung;
4. eine Erklärung darüber, ob und beiwieweit man und wo der sich Meldende schon einmal erfolglos einer Fußbeschlagprüfung unterzogen hat, und wie lange er nach diesem Zeitpunkt — was durch Zeugnisse nachzuweisen ist — berufsmäßig tätig gewesen ist;
5. die Prüfungsgebühr von 10 Mark nebst 3 Wg. Postbestellgeld.

Bei der Vorladung zum Prüfungstermin wird den Interessenten Zeit und Ort der Prüfung mitgeteilt werden.

Die Prüfungsordnung für Fußschmiede ist im Regierungs-Anscheid von 1904, S. 496/98 und im Frankfurter Amtsblatt von 1904, Seite 443/44 abgedruckt.

Wiesbaden, den 4. Januar 1918.

Der Regierungspräsident:

J. R. ges. v. Wied.

Wird hiermit veröffentlicht!

Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Betr. Bildung von Fachinnungen im Handwerk.

Die durch den Krieg veränderten Verhältnisse machen den tatsächlichen Zusammenschluß und die wirtschaftliche Organisation des Handwerks dringend nötig. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Rohstoffversorgung und der Erhaltung des Handwerks als selbständigen Faktor unserer Volkswirtschaft. Die Handwerkskammer hat deswegen in ihrem Bezirk zunächst die Bildung von Fachinnungen angeregt, infolgedessen bereits eine ganze Anzahl von Anträgen auf Bildung von Zwangs(Fach)Innungen bei dem Herrn Regierungspräsidenten eingereicht sind. Kurzzeit vollzieht sich in den einzelnen Kreisen das gesetzlich vorgeschriebene Abstimmungsverfahren, welches die Entscheidung bringt, ob die beantragte Innung errichtet wird oder nicht. Es ist deshalb Sache der betreffenden Handwerker, nach der bezüglichen Bekanntmachung des Herrn Landrats, ihre Stimme abzugeben, ob sie für oder gegen die Errichtung der Zwangs(Fach)Innung sind. Auch diejenigen Handwerker, welche die Anträge auf Errichtung der Innung unterzeichnet haben, müssen ihre Stimme abgeben, da die Unterzeichnung des Antrags nicht als Abstimmung gilt. Nötigenfalls können die Handwerker sich wegen Rat und Hilfe an die Kreisverbände des Gewerbevereins für Nassau, oder auch an die Handwerkskammer direkt wenden. Die Abstimmung kann auch schriftlich geschehen.

Wiesbaden, den 5. Juni 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Der Syndikus:
Carstens. Schroeder.

Protokoll

Über die 199. Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Wiesbaden am 15. August 1918.

Anwesend: Der Vorsitzende, Herr Carlens-Wiesbaden; die Vorstandsmitglieder Herren: Heger-Falkenstein, Hander-Frankfurt a. M., Banz-Biedenkopf, Müller-Wad Ems a. L., Meier-Wiesbaden und für Herrn Bud, Ehr. Müller-Frankfurt a. M., sowie der Syndikus der Kammer Schroeder-Wiesbaden.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einer besonderen Begrüßung des Herrn Müller-Frankfurt a. M., der zum erstenmal an einer Vorstandssitzung teilnimmt.

1. Das Protokoll der 198. Vorstandssitzung wird genehmigt.
2. Das Protokoll der 27. Vollversammlung wird der Vorlage entsprechend gemäß der Geschäftsordnung endgültig festgestellt.
3. Der Syndikus berichtet über die zwischenzeitige Tätigkeit der Vermittlungsstelle für Aufträge, sowie über diejenige der Kammer. Aus diesen Berichten ist hervorzuheben:
 - a) Die Nassauische Möbelvertriebsstelle zu Frankfurt a. M. ist inzwischen errichtet, die Errichtung der gemeinsamen Materialien-Vermittlungsstelle ist weiter vorbereitet.
 - b) Die Erledigung der Aufträge durch die Vermittlungsstelle vollzieht sich befriedigend; ebenso die Zahlungen durch die Hauptstelle.
 - c) Von dem vertraulichen Schreiben des Kammertags vom 9. ds. Mts. über den Stand der Organisation der Rohstoffversorgung, wird mit Befriedigung Kenntnis genommen. Jedes Vorstandsmitglied soll eine Abschrift dieses Rundschreibens erhalten, doch wird die vertrauliche Behandlung zur Pflicht gemacht.
 - d) Die Bemühungen des Kammertags wegen Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die Leistungen auch der freien Berufe sind erfolglos geblieben.
 - e) Die Kammer ist der Ortsgruppe zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs zu Wiesbaden beigetreten. Für die Kammer ist inzwischen ein Postkreditkonto errichtet worden.
 - f) Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Eingreifen der Geschäftsstelle gegen die Ausführung von Bauarbeiten durch das Eisenbahnelement in Hanau und der Baugesellschaft für Eisenbahnbefriedung zu Nied und dessen Erfolg.
 - g) Der Vorstand tritt dem Vorschlag der Geschäftsstelle des Kammertags, von der Einberufung des diesjährigen Kammertags einstweilen abzusehen, bei und ist mit deren Vorschlag auch bezüglich der Behandlung der schwebenden Fragen einverstanden.
 - h) Der Vorstand nimmt genehmigend Kenntnis von der Stellungnahme der Geschäftsstelle zu dem Bescheid des Ministers auf die Eingabe des Kammertags betr. das gewerbl. Berechtigungsweien.
 - i) Ferner nimmt der Vorstand Kenntnis von der inzwischen vorgenommenen Erhebung über den Eisenbedarf.
 - k) Dem Kreisverband zu Usingen ist die Genehmigung zu einer Sammlung für den Wiederaufbau des Handwerks erteilt worden.
 - l) Dem Antrag der Kriegerdank-Treuhand-Gesellschaft zu Braunshweig wegen Uebertragung der Zentrale für Gütereinrichtungen tritt der Vorstand nicht bei, billigt vielmehr den von seiner Geschäftsstelle und dem Kammertag eingenommenen Standpunkt, daß die Gütereinrichtungen bei den einzelnen Kammern zu schaffen und später zu einer Zentrale bei dem Kammertag zusammenzufassen sind.
 - m) Der Vorstand nimmt Kenntnis von der inzwischen erfolgten neuen Veranlagung der Gemeinden und deren Ergebnis.
 - n) Desgl. von der inzwischen erfolgten Bildung einer Erwerbslosen-Fürsorge für selbständige Handwerker usw. zu Frankfurt a. M.
4. Der Kreisverband Limburg a. L. erbittet einen Zuschuß zu seinen Kosten. Der Vorstand ist zwar grundsätzlich bereit, eine Beihilfe für die Kreisverbände in Aussicht zu nehmen, will aber einstweilen noch die Entwicklung beobachten und zu gegebener Zeit die Frage im Allgemeinen behandeln. Von Einzelbewilligung soll daher vorerst abgesehen werden.
5. Die Dr. Herrn. Schulze-Dehlschiftung soll in der Weise gefördert werden, daß 30 Bänder „Unterrichtsstoff“ zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung von Schroeder und Kappert zur Verfügung gestellt werden.
6. Der Schlossermeister Anton Gleichmann zu Limburg a. L. beantragt die vorzeitige Zulassung

seines Lehrlings Wilhelm Ebel zur Gesellenprüfung. Da die vorgeschriebene Lehrzeit erst im Frühjahr 1919 endigt, wird dem Antrag nur für den Fall stattgegeben, daß die Militärpflicht des Lehrlings vorher eintritt.

7. Die Schlossergenossenschaft Frankfurt a. M. beantragt die anderweite Besetzung der Prüfungsausschüsse, sowie die Vereinigung der beiden Gesellenprüfungsausschüsse. Dem Antrag wird stattgegeben, Herr August Schanz als Vorsitzender der Meisterprüfungskommission bestimmt und die Genossenschaft ersucht im übrigen geeignete Vorschläge einzureichen.
8. Der Herr Regierungspräsident ersucht um Verrückung über einen Antrag des Handwerksamts Wiesbaden auf Besetzung des Heraldischen Adlers. Der Vorstand ersucht das Handwerksamt als Hilfsorgan der Kammer und befragt es deshalb den Antrag.
9. Herr Johann Fervers zu Frankfurt a. M. anbietet der Kammer kostenlos das Eigentum an dem von ihm herausgegebenen Propaganda-Adressbuch durch notariellen Akt. Der Vorstand lehnt dies Anerbieten dankend ab, weil die Kammer sich grundsätzlich mit einem derartigen geschäftlichen Unternehmen nicht befassen kann.
10. Die Meisterprüfungsdiplome sind ausgegangen und ihre Erneuerung ist zurzeit schwierig. Es soll deshalb bis auf Weiteres die Meisterprüfung nur durch die übliche einfachere Bescheinigung beurkundet werden. Auf Wunsch sollen später die Diplome nachgeliefert werden.
11. Die deutsche Gesellschaft für soziales Recht, Ausschuss für Schiedsgerichte zu Frankfurt a. M., übersendet Entwurf von Satzungen für ein kommunales Rechtsfriedensamt nebst Gründung. Der Vorstand nimmt mit Befriedigung und im Ganzen zustimmend Kenntnis.
12. Die Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft lädt die Kammer zum Beitritt ein. Angesichts der Wichtigkeit der Einrichtung beschließt der Vorstand den Beitritt mit einem Jahresbeitrag von 100 Mark.
13. Zur vorläufigen Besprechung gelangt die Frage der Schaffung eines Innungssekretariats in Frankfurt a. M. Sie soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden. Es handelt sich hauptsächlich darum, ob eine neue Einrichtung geschaffen, oder ob eine entsprechende Stelle bei dem Handwerksamt eingerichtet werden soll.
14. Endlich wird wiederum die Zusammenlegung der Geschäftsstellen des Handwerksamts Wiesbaden, des Gewerbevereins für Nassau mit der Handwerkskammer erörtert und grundsätz-

lich gebilligt, zumal schon die Geschäftsstelle der Kammer selbst eine engere Zusammenfassung erfordert. Die Frage soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Für die Richtigkeit des vorstehenden Auszugs
Der Syndikus der Handwerkskammer.
Schroeder.

Die auf den 22. Oktober 1918 anberaumte Zwangsversteigerung der in der Gemarkung Neuhaus belegenen, im Grundbuch von Neuhaus, Band 409, auf den Namen 1. des Kaufmanns Adolf Strauß in München, 2. des Kaufmanns Samuel Mann in München eingetragenen Grundstücke findet nicht statt, da Antragsteller seinen Versteigerungsantrag zurückgenommen hat.

Wiesbaden, den 23. August 1918.
Königliches Amtsgericht.

Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaft der Bäcker des Innungsbezirks der Bäckereiinnung zu Wiesbaden

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Tagesordnung

der ordentlichen Generalversammlung
am Donnerstag, den 19. September 1918, abends 8½ Uhr im Klublokal der „Wartburg“, Schwalbacherstraße 51, dahier. 1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1917; 2. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern anstelle der nach § 8 d. S. ausscheidenden Herren Wilhelm Montpeller und Karl Schweidguth; 3. Bericht des Aufsichtsrats über die Prüfung der Jahresrechnung 1917; 4. Beschlussefassung über die Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstandes und Verwendung des Reingewinnes aus 1917; 5. Genehmigung der Geschäftsordnung für Vorstand und Aufsichtsrat; 6. Abänderung des § 38 der Satzung; 7. Sonstiges. Wir laden zur Teilnahme an der Generalversammlung ein, mit dem Bemerkung, daß die Ueberfahrt der Einnahmen und Ausgaben, die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 1917 von heute an bei Herrn Georg Sander, Bleichstraße 21, zur Einsicht offen liegen.

Wiesbaden, den 29. August 1918
Der Aufsichtsrat
der Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaft der Bäcker des Innungsbezirks der Bäckereiinnung zu Wiesbaden,
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
J. R. Montpeller.



Nassauische Landesbank Nassauische Sparkasse

Wiesbaden, Rheinstraße 44. — Fernruf 833, 844, 893, 6172.

Mündelsicher, unter Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Die Nassauische Landesbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen, Reichsbankgroskonto. — Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 600. 28 Filialen (Landesbankstellen) u. 208 Sammelstellen im Regierungsbezirk Wiesbaden 30 Sammelstellen in Frankfurt und seinen Vororten.

Mündelsichere Anlagen

in Schuldverschreibungen der Nassauischen Landesbank, auf Sparkassenbücher der Nassauischen Sparkasse, auf gebührenfreien Verzinsungskonten täglich fällig oder unter Festlegung mit Kündigungsfrist.

Darlehen und Kredite in laufender Rechnung

gegen Hypothek, Bürgschaft oder Verpfändung von Wertpapieren, ferner an Gemeinden und öffentliche Verbände mit oder ohne besondere Sicherstellung

Sonstige Geschäftszweige

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (offene und geschlossene Depots) Vermietung verschließbarer Schrankfächer, A- und Ver- auf von Wertpapieren, Einziehung von Wechseln und Schecks, Einlösung fälliger Zinsscheine.

Nassauische Lebensversicherungs-Anstalt

Behördliches Institut des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden. Gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 17600. Fernruf wie oben.

Alle Arten von Lebensversicherung gegen niedrige Aufwendungen.

Direktion der Nassauischen Landesbank.